Bankenaufsicht

Verhaltene Molltöne

Der Neujahrsempfang der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht Anfang Januar ist in jedem Jahr ein wichtiger Gradmesser für die weitere Entwicklung der Finanzdienstleistungsbranche in Deutschland. Denn je nach Wortwahl des Präsidenten und der zuständigen Exekutivdirektoren kann man natürlich raushören, ob es endlich ein gutes oder eher ein weiteres schwieriges Jahr werden wird. Felix Hufeld bemühte Rainer Maria Rilke: „Und nun wollen wir glauben an ein langes Jahr, das uns gegeben ist, neu, unberührt, voll nie gewesener Dinge, voll nie getaner Arbeit, voll Aufgabe, Anspruch und Zumutung."

Wer also mit einem Stimmungsmacher BaFin gerechnet hat, wird enttäuscht. Verwundern kann das nicht, denn die Rahmenbedingungen haben sich nicht verändert. Nach wie vor bestimmt der von Hufeld sogenannte „Themendreiklang" aus Zinstief, der Frage nach angemessener Regulierung und der Digitalisierung das Geschehen in der Kreditwirtschaft. Die Auswirkungen werden dagegen mit jedem Monat mehr spürbar, auch wenn die ersten vorgelegten Zahlen für das Jahr 2016 wieder einmal zeigen, dass Jammern eindeutig zum Handwerk des guten (Bank-)Kaufmanns gehört, denn weder in den Gesamtergebnissen noch in den Zinsüberschüssen sind die Einbrüche so dramatisch, wie man es angesichts des Wehklagens der Branche hätte vermuten müssen. Einiges konnte über höhere Effizienz auf der Kostenseite aufgefangen werden, und auch das nach wie vor extrem niedrige Kreditausfallrisiko hilft. Aber der Aufwand für Investitionen in neue Techniken steigt kontinuierlich und die niedrigen Zinsen fressen sich langsam, aber stetig in die Erträge.

Das wird eines der Hauptthemen der BaFin in den kommenden Monaten sein, die sich laut Hufeld nach wie vor im Modus der „intensivierten Aufsicht" befindet. Denn je länger die Zinsen niedrig bleiben, umso größer werden die Zinsänderungsrisiken, da Banken so gezwungen werden, verstärkt langfristige Darlehen zu akzeptieren und auch selbst ihre überschüssige Liquidität eher langfristig anlegen. Diese Tendenz wird noch verstärkt durch eine Regulatorik, die fordert, Aktiva und Passiva angemessen auszugleichen. Hufeld hat diese prozyklische Wirkung der Finanzregulierung durchaus erkannt und will die daraus resultierenden Risiken angehen. Wünschen nach spürbar weniger Regulierung erteilte er aber eine klare Absage: „Eine regulatorische Rolle rückwärts Richtung Vorkrisenregulierung wird es nicht geben." Mehr Proportionalität soll es nach dem Willen des deutschen Oberaufsehers aber schon geben. Er will sich daher im Rahmen der geplanten Revision des Regulierungsrahmens für europäische Banken für Erleichterungen zugunsten kleinerer Institute stark machen, etwa bei Berichtspflichten oder den Vorgaben zur Offenlegung und Vergütung.

Unnachgiebig zeigte sich Hufeld zum Glück mit Blick auf die intensiven Verhandlungen zwischen Amerikanern und Europäern über die Weiterentwicklung von Basel III, von vielen längst Basel IV genannt. Natürlich strebt auch die BaFin eine Einigung und damit ein weltweit einheitliches aufsichtliches Level Playing Field an, aber nicht um jeden Preis. Es gilt, noch letzte, aber sehr wichtige Details wie die Kalibrierung des Output-Floors zu klären, mit dem die Variabilität bei der Nutzung interner Modelle begrenzt werden soll. Die BaFin hält es zwar einerseits für richtig, die Risikosensitivität des Baseler Regelwerks zu beschränken, ist aber nicht bereit, dieses regulatorische Prinzip ganz aufzugeben. Ob man hier mit den Amerikanern zu einer Einigung kommt, ist aber alles andere als sicher, auch wenn es fraglich ist, ob sich der neue Präsident Trump und seine Mannen wirklich gegen ein einheitliches Regelwerk stellen, indem sie ihren Willen durchzudrücken versuchen. Aber die Einführungsrede Trumps hat gezeigt, wie unberechenbar der neue starke Mann an der Spitze Amerikas ist. Für ihn zählen vor allem Wettbewerbsvorteile für amerikanische Unternehmen. Im Sinne der großen europäischen Banken, die ihren amerikanischen Konkurrenten derzeit ohnehin meist hinterherhinken, gilt es dies zu verhindern, ob nun mit einer nationalen Brille oder nicht.

Private Banken

Die Sorgenfalten werden tiefer

Als BdB-Hauptgeschäftsführer Michael Kemmer im Januar die allgemeine Lage zusammenfasste, schwang da ein wenig Hoffnung mit. Ein besseres Jahr als 2016 wünsche er sich, das man als schwieriges Jahr in Erinnerung behalten werde, aber auch 2017 werde von großen Herausforderungen geprägt sein. Nach wie vor, so der wichtigste Lobbyist der privaten Banken, stellten die Belastungen aus Regulierung und Niedrig- beziehungsweise Minuszinsen die Institute auf eine harte Probe. Hinzu kommen politische Rahmenbedingungen, die bei Kemmer ebenfalls wenig Freude aufkommen lassen. Das heutige Europa sei ein Europa voller Widersprüche. Am meisten stört ihn, dass die festen Regeln, die sich die Staatengemeinschaft selbst gegeben hat, um sich Respekt und Glaubwürdigkeit zu verdienen, zu häufig missachtet werden.

Jüngstes Beispiel Italien: Hier stößt dem BdB der Umgang mit der Pleitebank Monte die Paschi sauer auf, die mit milliardenschweren Staatshilfen gerettet wird. Zwar lasse der europäische Abwicklungsmechanismus Staatshilfen als Ausnahme durchaus zu, aber es sei für die Glaubwürdigkeit des neuen Regelwerks und der neuen Behörde Single Resolution Board nicht gut, wenn gleich beim ersten Fall mit der Ausnahme angefangen werde. Es wäre besser gewesen, so Kemmer, wenn der Fall Monte dei Paschi gemäß den Regeln abgearbeitet worden wäre, auch wenn die Ursachen für die Probleme weit in der Vergangenheit liegen würden. Einen kleinen Seitenhieb auf die europäischen Aufseher konnte sich Kemmer nicht verkneifen: Denn obwohl das Thema NPL bei italienischen Banken schon lange bekannt sei, hätten die Institute beim jüngsten Stresstest gut abgeschnitten. Auch die BaFin und die Bundesbank hätten das abgenickt.

Etwas entspannter wertet der Hauptgeschäftsführer die Brexit-Gemengelage. Natürlich sei es für die EU und den Finanzplatz Europa nicht gut, wenn die Briten einen eigenen Weg gingen, aber für Deutschland sei das durchaus auch mit Chancen verbunden. Denn es hätten sich einerseits schon einige britische Institute nach dem Standort Deutschland erkundigt. Andererseits könne der Finanzplatz seine Bedeutung in Europa ausbauen. Für eine Erhöhung der Attraktivität des deutschen Standortes für britische Unternehmen sollte man laut BdB erwägen, den derzeit zusätzlich zum IFRS-Abschluss zwingend vorgeschriebenen HGB-Abschluss abzuschaffen, das Verbot des steuerlichen Abzugs der Bankenabgabe zu kippen und das Kündigungsschutzrecht für hoch bezahlte Mitarbeiter zu lockern.

Deutliche Worte fand Kemmer auch für die Überlegungen hinsichtlich der Fortentwicklung von Basel III: „Den Hintern auf der heißen Herdplatte und die Füße im Eiswasser ist im Durchschnitt richtig temperiert, aber trotzdem sehr unangenehm." Kemmer fürchtet wie viele andere auch eine spürbar höhere Eigenkapitalbelastung für die deutschen Banken, sollten sich die Amerikaner mit ihren Forderungen nach höheren Output-Floors durchsetzen. Eine – wie gefordert – „nicht signifikant" höhere Eigenkapitalbelastung endet für Kemmer da, wo der einstellige Prozentsatz endet.

Inflation

Ein Sturm im Wasserglas

Im Dezember 2016 stieg die (HVPI-)Inflationsrate in Deutschland jäh auf 1,7 Prozent j/j (im Jahresvergleich) – der höchste Wert seit mehr als drei Jahren. Dies ist zunächst ein ermutigendes Signal: Etwaige deflationäre Tendenzen scheinen vorerst abgewendet. Dennoch sollte diese Entwicklung nicht überbewertet werden. Sie ist insbesondere auf die Schwäche des Euro gegenüber dem US-Dollar und die Erholung des Rohölpreises zurückzuführen. Dieser notierte vor Jahresfrist bei nur 30 US-Dollar/Barrel. Bereinigt um diesen letztlich importierten Effekt, welcher noch bis in den April 2017 hinein anhalten dürfte, stieg die (Kern-)Inflationsrate um lediglich 1,1 Prozent j/j.

Eine nachhaltige Erholung der Inflation lässt sich hieraus nicht ableiten. Im Gesamtjahr 2016 belief sich die (HVPI-)Inflation in Deutschland auf gerade einmal 0,5 Prozent. Und so sollte es keinerlei Zweifel daran geben, dass die EZB ihre expansive Geldpolitik, wie angekündigt, bis Ende 2017, vermutlich aber sogar darüber hinaus („rates will stay low, very low, for a long period of time and well past the horizon of our purchases" (M. Draghi am 10. März 2016) fortsetzen wird. Schließlich lag die (HVPI-)Inflation in der Eurozone insgesamt im Dezember 2016 bei nur 1,1 Prozent j/j und damit unverändert weit unterhalb des Ziels von „unter, aber nahe 2,0 Prozent".

Infolge des auf den Anstieg des Rohölpreises zurückzuführenden statistischen Basiseffekts wird die für Deutschland ermittelte (HVPI-)Inflationsrate in den kommenden Monaten vermutlich weiter steigen; möglicherweise sogar auf über 2,0 Prozent j/j. Doch wird der abrupte Anstieg der Inflationsrate wohl ein temporäres Phänomen bleiben: Die (weitaus bedeutsameren) Inflationserwartungen liegen bei gerade einmal 1,2 Prozent (2017) beziehungsweise 1,4 Prozent (2018) und steigen erst langfristig auf 1,8 Prozent an. Das Gros der Marktteilnehmer zeigt sich ganz offensichtlich unbeeindruckt.

Der zu beobachtende Anstieg der Teuerungsrate ist also (noch) nicht auf die außergewöhnlich expansive Geldpolitik der EZB zurückzuführen. Die Wirkung geldpolitischer Maßnahmen unterliegt einer zeitlichen Verzögerung. Diese beträgt in der Regel mehrere Monate, was bedeutet, dass bislang ergriffene Maßnahmen der EZB noch gar nicht vollständig im Markt eingepreist sind. Anders ausgedrückt: Die Währungshüter müssten bereits heute zukünftige und deshalb höchst unsichere Entwicklungen korrekt antizipieren und darauf reagieren.

Für eine Währungsunion, die derart heterogen ist wie die Eurozone, stellt dies ein, gelinde gesagt, schwieriges Unterfangen dar. Zudem zeigt das ungleiche Wirtschaftswachstum innerhalb der Eurozone einmal mehr die Schwierigkeiten des zu Recht kritisierten „One-size-fits-all"-Ansatzes auf. Die Geldpolitik der EZB wird niemandem gerecht. Zwar mag der gegenwärtige Leitzins für einzelne

Volkswirtschaften adäquat erscheinen: Für die Mehrheit jedoch erweist er sich als unpassend.

In den kommenden Wochen und Monaten wird die Diskussion ob einer Anpassung des geldpolitischen Kurses zunehmen. Gleichwohl wird sich die EZB davon unbeeindruckt zeigen und an ihrer ultra-akkommodierenden Geldpolitik festhalten. Da sich die Tragweite dieser Entscheidung jedoch erst langfristig abzeichnen wird, mag dies durchaus weiteres Ungemach bedeuten.

Prof. Dr. Leef H. Dierks,
Professur für Finanzierung und Internationale Kapitalmärkte, Fachhochschule Lübeck

Kreditgenossenschaften

Erfolgsfaktoren

Das neue Jahr beginnt eigentlich, wie das alte aufgehört hat. Die allgemeinen Rahmenbedingungen für Banken sind schwierig: Niedrige Zinsen belasten die Ertragslage, regulatorische Vorgaben erhöhen den Aufwand, veränderte Kundenbedürfnisse, neue Wettbewerber und andere Vertriebsprozesse erfordern Investitionen. Manche zwingt dieser Dreiklang aus zunehmenden Anforderungen zum Aufgeben, die Zahl der Fusionen nimmt spürbar zu, manchmal auch schon über Geschäftsgebiete hinweg in Form von Sprungfusionen. Andere zeigen da erst ihre wahre Stärke. Was sind Erfolgsfaktoren in diesen Zeiten? „Wir sind ertragsstark und widerstandsfähig. Wir stehen mit unserer Kapitalquote auf einem außerordentlich soliden Fundament. Wir sind eine selbstständige, kommunikations- und beratungsstarke, omnikanalpräsente Bank, die auch im 155. Jahr ihres Bestehens anpassungswillig und anpassungsfähig ist. Unsere tiefe regionale Verwurzelung bleibt unsere große Stärke", so formuliert es die Vorstandschefin der Frankfurter Volksbank, Eva Wunsch-Weber, spürbar selbstbewusst.

In der Tat kann sich das vorgelegte Zahlenwerk auch 2016 wieder sehen lassen. Der Zinsüberschuss ist mit 191,4 Millionen Euro zwar um fast sieben Prozent unter die 200-Millionen-Euro-Marke gefallen, dafür haben aber gesunkene Aufwendungen und ein spürbar besseres Bewertungsergebnis dafür gesorgt, dass mit 99,5 Millionen Euro wieder ein sehr gutes Betriebsergebnis erzielt wurde, das annähernd auf dem Niveau des Vorjahres liegt. Die eigentliche Stärke des Abschlusses liegt aber in dem, was nicht gezeigt wurde. „Wir stehen den Entwicklungen nicht ohnmächtig gegenüber. Wir haben ganz bewusst Dinge getan und auch ganz bewusst Dinge gelassen. Zum Beispiel haben wir nicht alle Erträge im Zinsüberschuss ausgewiesen. Substanz, Substanz, Substanz und Reserven stärken. Das ist das Motto dieses Jahresabschlusses", erklärt Wunsch-Weber. So wurden allein 55 Millionen in die Rücklagen nach § 340 f und g eingestellt und es gibt wohl noch weitere Stellschrauben, die die kluge Vorstandschefin aber nicht näher beziffern will. Nur so viel: Insgesamt 280 Millionen wurden der Substanz in den vergangenen fünf Jahren zugeführt. Dass die anhaltende Niedrigzinsphase nun auch von der DZ Bank an die Volks- und Raiffeisenbanken, die ihre Liquiditätsüberschüsse bei der Tochter parken, in Form von Negativzinsen weitergegeben wird, ist dabei ärgerlich, aber wohl nicht zu ändern. Zwischen ein und zwei Millionen kostete das die Frankfurter Volksbank im abgelaufenen Geschäftsjahr, im laufenden Jahr werden es rund zwei Millionen sein. Von der Belastung eigener Kudnen hält Wunsch-Weber dagegen nicht viel.

Natürlich hat auch die Fusion mit der Höchster Volksbank auf der Ertragsseite geholfen. Daraus aber abzuleiten, dass nun konsequent weiter fusioniert werden müsste, um diese Effekte jedes Jahr zeigen zu können, ginge dann aber selbst für die so fusionsemsige Frankfurter Volksbank ein bisschen zu weit. Hier hält sich die Vorstandschefin wie schon ihr Vorgänger eher vornehm zurück. Niemand wird bedrängt, wer einer Annäherung bedarf, der wird mit offenen Armen zum Ausloten der Möglichkeiten empfangen, aber die Initiative soll dabei nicht von der gemessen an der Bilanzsumme mittlerweile zweitgrößten und nach Mitgliedern (über 200 000) größten deutschen Volksbank ausgehen.

Doch auch Wunsch-Weber sieht den Fusionsdruck auf ihre Bankengruppe zunehmen. Dabei gebe es Banken, die die Strategie „Bündelung der Kräfte", die vor vielen Jahren in Garmisch-Partenkirchen aufgestellt wurde, ernst nähmen und solche, die dies nicht tun. Sie will zu ersteren gehören, auch wenn „Fusionen nicht planbar sind". Die Zahl potenzieller Partner sinkt dabei natürlich. Im Nordwesten sitzt mit der Volksbank Mittelhessen ebenfalls eine große und starke Volksbank, gleiches gilt für die Wiesbadener Volksbank im Westen. Im Süden stößt die Volksbank Darmstadt an das Frankfurter Geschäftsgebiet und auch die VR Bank Main-Kinzig Büdingen zählt mit mehr als 40 Filialen nicht zu den ganz kleinen Spielern. Diese gibt es aber auch noch in angrenzenden Geschäftsgebieten, so beispielsweise die Volksbank Griesheim, die Raiffeisenbank Offenbach/M.-Bieber oder die Raiffeisenbank Oberursel, um nur einige exemplarisch zu nennen. Die Zeit spielt sicherlich für die Frankfurter, denn die Herausforderungen gerade für die kleineren Häuser werden auch im laufenden Jahr nicht kleiner werden. Da sind wieder die bekannten Erfolgsfaktoren gefragt.

Angekündigte Fusionen von Genossenschaftsbanken 2017

1. Die VR-Bank Aalen eG fusioniert voraussichtlich zum 1. Juli 2017 mit der Volksbank Schwäbisch Gmünd eG zur VR-Bank Ostalb.
2. Die Volksbank Stein Eisingen eG fusioniert voraussichtlich rückwirkend zum 1. Januar 2017 mit der VR Bank im Enzkreis eG, der Volksbank Wilferdingen-Keltern eG und der Raiffeisenbank Bauschlott eG.
3. Die Volksbank Triberg eG fusionierte zum 1. Januar 2017 mit der Volksbank Kinzigtal eG zur Volksbank Mittlerer Schwarzwald.
4. Die VR meine Raiffeisenbank eG und die Raiffeisenbank Trostberg-Traunreut eG fusionieren voraussichtlich im Jahr 2017 zur VR meine Raiffeisenbank eG - Altötting-Mühldorf-Traunstein.
5. Die VR Bank Dinkelsbühl eG fusioniert voraussichtlich rückwirkend zum 1. Januar 2017 mit der VR-Bank Feuchtwangen-Limes eG zur VR-Bank Feuchtwangen-Dinkelsbühl eG.
6. Die VR-Bank Erlangen-Höchstadt-Herzogenaurach eG fusioniert voraussichtlich rückwirkend zum 1. Januar 2017 mit den Vereinigten Raiffeisenbanken Gräfenberg-Forchheim-Eschenau-Heroldsberg eG zur VR-Bank Franken Mitte eG.
7. Die Raiffeisenbank Höhenkirchen und Umgebung eG fusioniert voraussichtlich Mitte 2017 mit der Volksbank Raiffeisenbank Rosenheim-Chiemsee eG.
8. Die Raiffeisenbank im Stiftland eG fusioniert voraussichtlich im Juli 2017 mit der Raiffeisenbank Weiden eG und der Volksbank Nordoberpfalz eG zur Volksbank Raiffeisenbank Nordoberpfalz eG.
9. Die Volksbank Südheide eG, die Volksbank Hankensbüttel-Wahrenholz eG und die Volksbank Wittingen-Klötze eG planen bis 2018 zu fusionieren.
10. Die Volksbank Clenze-Hitzacker eG und die Volksbank Osterburg-Lüchow-Dannenberg eG planen Mitte 2017 rückwirkend zum 1. Januar 2017 zur Volks- und Raiffeisenbank Plus Altmark-Wendland eG zu fusionieren.
11. Die Volksbank eG Delmenhorst Schierbrok und die Volksbank eG Syke planen bis Mitte 2018 zu fusionieren.
12. Die VR-Bank in Südniedersachsen eG und die Volksbank Weserbergland eG planen Mitte 2017 rückwirkend zum 1. Januar 2017 zu fusionieren.
13. Die Volksbank Mitte eG und die Volksbank Heiligenstadt eG planen zum 1. Januar 2018 zu fusionieren.
14. Die Volksbank Osnabrücker Nordland eG und die VR-Bank eG im Altkreis Bersenbrück planen bis Mitte 2018 zur VR-Bank im Osnabrücker Nordland eG zu fusionieren.
15. Die Volksbank Aller-Weser eG, die Volksbank eG Nienburg und die Volksbank eG Steyerberg planen Mitte 2017 rückwirkend zum 1. Januar 2017 zu fusionieren.
16. Die Spar- und Darlehnskasse Aegidienberg eG fusionierte zum 1. Januar 2017 mit der Volksbank Bonn Rhein-Sieg eG.
17. Die VR Bank eG Bergisch Gladbach und die Volksbank Rhein-Wupper eG planen im Jahr 2017 zu fusionieren.
18. Die Volksbank Bonn Rhein-Sieg eG und die Kölner Bank eG planen Mitte 2017 rückwirkend zum 1. Januar 2017 zur Volksbank Köln Bonn eG zu fusionieren.
19. Die Volksbank Kirchhellen eG und die Volksbank Dorsten eG planen Mitte 2017 rückwirkend zum 1. Januar 2017 zur Vereinten Volksbank eG zu fusionieren.
20. Die Volksbank Thülen eG und die Volksbank Brilon-Büren-Salzkotten eG planen im Mai 2017 rückwirkend zum 1. Januar 2017 zu fusionieren.
21. Die Volksbank Lette-Darup-Rorup eG und die Volksbank Nottuln eG planen im Juli 2017 zu fusionieren.
22. Die Volksbank Erft eG und die Raiffeisenbank Grevenbroich eG planen Mitte 2017 zu fusionieren.
23. Die Volksbank Erkelenz eG und die Volksbank Mönchengladbach eG planen im Jahr 2017 zu fusionieren.
24. Die Volksbank Euskirchen eG und die Volksbank Wachtberg eG planen im Jahr 2017 zu fusionieren.
25. Die Volksbank Störmede eG und die Volksbank Hörste eG planen im Juni 2017 rückwirkend zum 1. Januar 2017 zur Volksbank Störmede-Hörste eG zu fusionieren.
26. Die Volksbank Bielefeld-Gütersloh eG und die Volksbank eG in Warendorf streben bis Mitte 2018 eine Fusion an.
27. Die Volksbank Laer-Horstmar-Leer eG und die Volksbank Ochtrup eG planen Mitte 2017 rückwirkend zum 1. Januar 2017 zur Volksbank Ochtrup-Laer eG zu fusionieren.
28. Die Volksbank Minden eG und die Volksbank Paderborn-Höxter-Detmold eG planen im Jahr 2017 zur VerbundVolksbank OWL zu fusionieren.
29. Die Volksbank Remscheid-Solingen eG und die Credit- und Volksbank eG planen im Jahr 2017 zu fusionieren.
30. Die VR Bank Südliche Weinstraße eG, die Raiffeisen- und Volksbank Dahn eG und die Raiffeisenbank Herxheim eG planen im Mai 2017 rückwirkend zum 1. Januar 2017 zur VR Bank Südliche Weinstraße-Wasgau eG zu fusionieren.
31. Die Volksbank RheinAhrEifel eG und die Volksbank Mülheim-Kärlich eG planen Mitte 2017 zu fusionieren.
32. Die Westerwald Bank eG und die Volksbank Montabaur – Höhr-Grenzhausen eG planen Mitte 2017 rückwirkend zum 1. Januar 2017 zu fusionieren.
33. Die Volksbank Bautzen eG und die Dresdner Volksbank Raiffeisenbank eG planen Mitte 2017 zur Volksbank Dresden-Bautzen eG zu fusionieren.

Diese Liste beinhaltet Genossenschaftsbanken in Deutschland aufgrund der Angaben der jeweiligen Regionalverbände und des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR).

Quelle: Wikipedia